

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 20. 35. Jahrg.

19. Mai 1922

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR u. VERW. BERUFE

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 5 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 10 Mk.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsaßstr. 86-88 III. Redaktions-schluß: Montag. Telephon: Amt Norden 4268. Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24. Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 1.- Mk., bei Wiederholung Rabatt Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 50 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachungen. Hilfe für die kämpfenden Metallarbeiter. Die nächsten Aufgaben des Graphischen Bundes. Rundschau. Die Akademie der Arbeit I. Allgemeines: Extrabeitrag für die kämpfenden Metallarbeiter. Die Bewegung in der Schweiz beendet. Ortsbericht Celle. — **Der Betriebsrat:** Wissenschaftliche Betriebsführung. — **Der Lithograph:** „Privat-Lithograph“ und „Kontrolle der Produktion“. — **Die Tapetenbranche:** Ortsbericht Eilenburg. — **Anzeigen.** — **Kassenbericht für das IV. Quartal 1921.**

Bekanntmachungen.

Wir erinnern daran, daß nach unserem Rundschreiben Nr. 50, Ziffer 8 die Urabstimmungs-Versammlungen über das Ergebnis der Tarifrevision für das „Lithographie- und Steindruckgewerbe“ am 20. und 30. Mai stattfinden müssen.

Das notwendige Material wird rechtzeitig geliefert. Das Abstimmungsergebnis ist am gleichen Abend, wenn notwendig mittels Eilkarte an uns zu übermitteln.

Der Verbandsvorstand.

Nachtrag V

zu dem ab 1. Juni 1921 geltenden Tarifvertrag für das Deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe.

Die beiden Vertragsorganisationen, der Verband Deutscher Steindruckereibesitzer und der Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe, haben in einer am 4. Mai 1922 zu Berlin stattgefundenen Verhandlung nachstehende Vereinbarung getroffen:

Es werden folgende Zulagen auf die am 1. Mai 1922 tatsächlich gezahlten Wochenlöhne gewährt:

Gehilfen über 24 Jahre ab 1. Mai 1922 in Orten mit einem Ortszuschlag von

0 u. 7 1/2 %	15%	20 u. 25%
Mk. 140.-	Mk. 150.-	Mk. 160.-

die Gehilfen im Alter von 21-24 Jahren erhalten Mk. 10.-, die Gehilfen im Alter bis zu 21 Jahren erhalten Mk. 20.- pro Woche weniger.

Bei Arbeitszeitverkürzung wird die Zulage anteilig verrechnet.

Die Vereinbarungen haben Geltung bis zum 31. Mai 1922. Örtliche Lohnverhandlungen sind während der Dauer der Vereinbarung nicht gestattet.

Mit dieser Zulage gelten alle schwebenden Forderungen als ausgeglichen.

Das Wochengehalt der Lehrlinge wird um Mk. 20.- pro Woche erhöht, soweit dessen bisherige Höhe die tariflichen Sätze um diesen Betrag nicht übersteigt.

Die tariflichen Mindestwochenlöhne der Lithographen- und Steindruckergehilfen betragen demnach ab 1. Mai 1922.

In Orten mit Lokalschlag	im 1. Ge- bis zum, vom 21. über	hilfen, 21 Jahre bis 24. 1. 24 Jahre
Prozent	Mk.	Mk.
0%		
a) Betriebe mit 20 Gehilf.	Ledige 599.-	611.50 654 75 750.-
	Verheiratete	626.50 669.75 765.-
b) Betriebe mit 20 Gehilf.	Ledige 604.-	616.50 659.75 755.-
	Verheiratete	631.50 674.75 770.-
7 1/2 %	Ledige 621.-	634.25 678 88 774.50
	Verheiratete	649.25 693 88 789 50
15 %	Ledige 659.-	673 - 718. - 814.-
	Verheiratete	688 - 733. - 829.-
20 %	Ledige 681.-	695 50 740.75 837.-
	Verheiratete	710.50 755 75 852.-
25 %	Ledige 683 -	698. - 743.50 840.-
	Verheiratete	713 - 758.50 855.-

Berlin, den 4. Mai 1922.

Für den

Verband Deutscher Steindruckereibesitzer:
Dr. L. Hagelberg.

Für den Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe:

Joh. Haß.

Hilfe für die kämpfenden Metallarbeiter!

Aus Anlaß der Aussperrung in Dänemark hatte der Bundesausschuß die Unterstützung der dänischen Arbeiterschaft beschlossen. Es sollte jedes männliche Mitglied 5 Mark und jedes weibliche Mitglied 3 Mark Extrabeitrag zahlen. Durch Beendigung dieser Bewegung haben wir die Ausschreibung telegraphisch aus der „Graphischen Presse“ zurückgezogen.

In der Metallindustrie Süddeutschlands wird seit mehr als 10 Wochen ein Abwehrkampf um die Verlängerung der 46stündigen Arbeitswoche geführt. Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beschloß in seiner Sitzung am 2. Mai, den Metallarbeiterverband finanziell zu stützen, um die Bewegung zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen.

Als erste dieser Maßnahmen sollen die Mittel der Dänenhilfe durch Extrabeitrag erhoben und für den süddeutschen Kampf verwendet werden.

Jedes männliche Mitglied hat deshalb zunächst in der letzten Woche des Monat Mai 5 Mark, jedes weibliche Mitglied 3 Mark zusammen mit dem Verbandsbeitrag zu entrichten. Der Verbandsvorstand liefert dazu Marken, die baldigst den Mitgliedschaften zugehen. Die Ausschreibung des Extrabeitrages erfolgt nach § 10 Absatz 5 des Statutes im Einverständnis zwischen Verbandsvorstand und Verbandsausschuß.

Der Verbandsvorstand.

Nachtrag X

zum Tarifvertrag für das Deutsche Formstechergewerbe.

Die beiden Vertragsorganisationen, der Verband Deutscher Formstechereibesitzer und der Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe, haben in einer Verhandlung am 30. April 1922 in Berlin folgende Änderung der tariflichen Bestimmungen beschlossen:

Der im § 3 festgesetzte Mindestlohn beträgt:

	ab 29.4.22	ab 13.5.22
Im ersten Jahre nach der Lehrzeit	Mk. 14,30	Mk. 15,-
„ zweiten „ „ „ „	„ 15,30	„ 16,-
„ dritten „ „ „ „	„ 16,30	„ 17,-
vom 21. bis 24. Jahre	„ 17,30	„ 18,20
über 24 Jahre	„ 18,50	„ 19,25

Die Formstecher für Linoleumdruck und die selbständigen Stecher in Fabriken erhalten in allen Klassen Mk. 1,- pro Stunde mehr als den oben genannten tariflichen Mindestlohn.

Berlin, den 30. April 1922.

Verband Deutscher Formstechereibesitzer:
Hans Hiedemann.

Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe:

Johannes Haß.

Die nächsten Aufgaben des Graphischen Bundes.

Sehr oft liest oder hört man es, daß der Graphische Bund ein Veilchen sei, daß nur im Verborgenen blühe und außerordentlich stark nach Bürokratismus dufte. Soweit solche Äußerungen aus Kreisen außerhalb der freigeberkschaftlich organisierten graphischen Berufsbereitschaft kommen, mögen sie als unberührt von der Wirklichkeit schleichen. Die organisierte Arbeiterschaft des graphischen Gewerbes aber sollte solche Worte nicht im Munde führen, weil sie den tatsächlichen Verhältnissen nicht im geringsten entsprechen. Das beweist ganz deutlich der wegen zu hoher Kosten ziemlich kurz gehaltene Rechenschaftsbericht des Graphischen Bundes über die Zeit vom 1. April 1921 bis 31. März 1922, der durch die Nr. 4 „Der Graphische Bund“ in die Hände der Mitglieder gegeben worden ist und eine eingehende und auch kritische Würdigung verdient. Denn in diesem Bericht kommt nicht nur zum Ausdruck, was vom Graphischen Bund im Laufe der Berichtsperiode geleistet worden ist, sondern außer den darin enthaltenen Richtlinien für zukünftige Zusammenarbeit drängen sich auch die Probleme hervor, die einer Lösung zugeführt werden müssen, aber vor ihrer Lösung noch manche Auseinandersetzung bringen werden.

Darüber hinweg zu sehen, daß in der organisierten Arbeiterschaft des graphischen Gewerbes noch die verschiedensten Ansichten über Art, Form und Inhalt des Zusammenschlusses zum Einheitsverbande bestehen, wäre die ungeeignetste Methode, einem baldigen Zusammenschlusse die Wege zu bereiten. Richtig ist vielmehr, unter Beachtung der gewerkschaftlichen Praxis und Erfahrung diese Fragen zu diskutieren und auch hier eine Angleichung herbeizuführen. Der geeignetste Platz dafür sind die Graphischen Kartelle. Aber wie steht es denn mit den Graphischen Kartellen? Ganze 110 Stück sind dem Sekretär des Bundes als existierend bekannt. Von einer regen Tätigkeit und enger Verbindung der Kartelle mit dem Sekretär aber nur geringe Spuren. Und dabei zählen wir als zahlenmäßig kleinster Verband 130 Mitgliedschaften am Ende 1921. Die übrigen Verbände rechnen aber mit einer weit größeren Zahl von Mitgliedschaften. Ist darin der stürmische Drang zum Einheitsverbande und zum Industrieverband zu finden?

Wir hören schon den Einwand, daß die Graphischen Kartelle ja nicht die geringsten Rechte haben und deshalb zur Tatenlosigkeit verurteilt seien. Aber gemach! Wir sind der Meinung, daß sich das Tätigkeitsgebiet der gewerkschaftlichen Arbeit in der Führung von Lohnbewegungen nicht erschöpft. Aber andere Gründe findet man nicht, wenn man von der Rechtslosigkeit der Graphischen Kartelle spricht, weil eben die übrigen Tätigkeitsgebiete gewerkschaftlicher Arbeit als unbeachtlich beiseite geschoben werden. Aber gerade hier bietet sich ein schier unübersehbares Arbeitsfeld; ganz besonders für die kleineren Mitgliedschaften. Die Bildungsarbeit liegt hier zu meist sehr im argen und die Erziehung der Jugend im Sinne der modernen Arbeiterbewe-

gung spottet fast jeder Beschreibung. Aber auch die erwachsenen Arbeiter und Arbeiterinnen stehen sich nicht selten mit einer Verständnislosigkeit gegenüber, die zu den stärksten Bedenken eines reibungslosen Zusammenarbeitens im Graphischen Einheitsverband Veranlassung geben. Hier muß die Arbeit der Graphischen Kartelle einsetzen. Bei ständiger Verbindung mit dem Sekretariat wird es auch nicht an Stoff fehlen, die Aufklärungsarbeit systematisch zu gestalten. Und als Erfolg dieser Arbeit wird von unten auf der Zwang zum Einheitsverbande herauswachsen, den auch eventuell vorhandener Bürokratismus nicht umbiegen kann.

Neben Errichtung und Anregung zu intensiver Tätigkeit der Graphischen Kartelle muß die möglichst einheitliche Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nächste Aufgabe des Graphischen Bundes sein. Der Abschluß eines Manteltarifbeschlusses muß wieder ins Vorderebenen der Beachtung gerückt und bei jeder sich bietenden Gelegenheit propagiert werden. Gute Ansätze, zu einem Manteltarif zu kommen, sind durch das einheitliche Wirken der vier graphischen Verbände bei den letztvergangenen Lohnverhandlungen geschaffen worden, wenn auch hier zu bessern manches notwendig ist. Trotzdem darf man sich optimistischen Hoffnungen nicht hingeben. Wer die Schwierigkeiten kennt, die selbst aus unseren Kollegenkreisen der Durchführung des Magdeburger Verbandstagsbeschlusses, die im Verbandsbestehenden Tarifverträge organisch zu einem Einheitsarif zusammenzufassen gemacht worden sind, wird die Schwere der Aufgabe erkennen. Aber das darf uns nicht hindern zu tun, was allgemein als notwendig erkannt wird.

Selbstverständlich werden die Unternehmer ihren Widerstand auch fernerhin gegen den Abschluß eines Manteltarifbeschlusses für das graphische Gewerbe nicht so ohne weiteres aufgeben und weiter in der beruflichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen das Richtige erblicken. Aber was sich in der letzten Zeit ereignet hat, deutet doch auch hier eine Änderung an. Wer besonders die letzten Lohnverhandlungen aufmerksam verfolgt hat, kann nicht im unklaren darüber sein, daß auch die Unternehmer des graphischen Gewerbes vorher eine Verständigung gesucht haben. In welcher Form diese Verständigung erfolgt ist, darüber ist in der Öffentlichkeit nichts bekannt geworden, aber daß sie erfolgt ist, war mit Händen zu greifen. Und diese Verständigung wird auch fernerhin geübt werden. Aber daraus erwächst die Notwendigkeit, im gegebenen Falle notwendig gewordene Schiedsgerichte über Lohnstreitigkeiten in den einzelnen graphischen Berufen auf ihre Zusammensetzung hin zu prüfen. Wir wissen wohl, daß die von den Parteien vorgeschlagenen Schiedsrichter Partei sind, aber selbst inoffiziell geführte Verhandlungen der Unternehmer des graphischen Gewerbes vor einer Lohnverhandlung binden zu sehr, um in solcher Situation unbeachtet bleiben zu können.

Das Inverbindlichkeitstreten der Unternehmer des graphischen Gewerbes aber zeigt, daß man auf Unternehmenseite mit einer größeren Geschlossenheit der Arbeiter auf dem Gebiete der Regelung der Arbeitsverhältnisse im graphischen Gewerbe rechnet. Wenn auch ganz ausgesprochenenmaßen die Steindruckereibesitzer schärfste Gegner eines Manteltarifbeschlusses sind, weil sie eine tarifliche Regelung besonders der Lohnverhältnisse der Hilfsarbeiter nach dem Abkommen im Buchdruckgewerbe als unvereinbar mit der Leistungsfähigkeit der Betriebe halten, kann von dem Streben nach einheitlicher Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im graphischen Gewerbe nicht Abstand genommen werden und der Graphische Bund muß tun, was seine Pflicht ist. Aber dabei wird sich ergeben, selbst wenn man die Regelung der Lohnverhältnisse gesondert nach Berufen vornimmt, daß in mancher Beziehung etwas aufgegeben werden muß, was man sonst nicht aufgeben würde.

Wir sehen in diesem Zusammenhang davon ab, in dieser Beziehung in Einzelheiten hineinzusteigen oder der Frage Arbeitszeit eine besondere Untersuchung zu widmen, sind aber der Meinung, daß unsere Arbeitszeit von 47 Stunden nicht als maßgebend bei Stipulierung eines Mantelvertrages betrachtet werden wird. Auch eine Reihe anderer Bestimmungen unserer Verträge wird erst als wertvoll von den Kollegen erkannt werden, wenn sie einmal umstritten sind. Aber mit diesen Ausführungen soll nicht graulich gemacht werden. Selbstverständlich würden wir bei Abschluß eines Manteltarifbeschlusses auch manch gutes für das Geopferte eintauschen. Bei dieser Betrachtung kommt es nur darauf an, den Wahn als Wahn zu erweisen, daß ein Manteltarif nur aus den Rosinen der jetzt existierenden Tarife bestehen wird. Aber solche Ansichten sind vielfach auch in unsern Kollegenkreisen lebendig und oft hört man, wenn einmal die vielen praktischen Schwierigkeiten des Zusammenschlusses besprochen werden, den Ausspruch: Wenn das und das beim Abschluß eines Mantelvertrages nicht bestehen bleiben kann, dann verzichten wir lieber auf diesen Zusammenschluß.

Eine unbedingte Klärung muß auch noch vom Graphischen Bunde über das Beitrags- und Unterstützungswesen herbeigeführt werden, daß im Einheitsverbande Geltung haben soll. Trotzdem von allen unsern Verbandstagen ziemlich einmütig immer der Einheitsbeitrag als das Richtige betrachtet worden ist, dürfte er für den Einheitsverband gar nicht in Frage kommen. Staffelbeiträge müssen aber gestaffelte Unterstützungssätze zur Folge haben. Einen vollständigen Abbau aller Unterstützungen in Rechnung zu setzen, würde wohl Illusion sein. Uns scheint vielmehr, daß die Frage der Unterstützungseinrichtungen die Gewerkschaften in absehbarer Zeit in den tiefsten Tiefen aufwühlen wird. Doch darüber Näheres später. Aber schon jetzt kann positiv gesagt werden, daß in den vier graphischen Verbänden die unterschiedlichsten Ansichten über den Wert der Unterstützungseinrichtungen in den Gewerkschaften lebendig sind und die kommenden Verbandstage werden zeigen, welche Richtungen sich als die stärkeren erweisen.

Neben diesen nächsten Aufgaben des Graphischen Bundes laufen noch eine ganze Menge anderer nebenher, die Erwähnung gar nicht finden können, aber das Werden des Graphischen Einheitsverbandes in ihrer Gesamtheit stark beeinflussen. Aber auch diese Aufgaben müssen gelöst werden. Wenn auch unser Wollen an Bedingungen sozialer Natur seine Grenze findet, muß es doch immer wirksam sein und Stein um Stein herbeitragen, das Gebäude zu errichten, in dem die graphischen Arbeiter gemeinsam leben können. Was bisher erreicht wurde, kann Billigung finden, obwohl es ruhig mehr sein könnte, muß aber für uns Veranlassung sein, weiter mit ganzer Kraft für den vollständigen organisatorischen Zusammenschluß über den Graphischen Einheitsverband zum Industrieverband zu wirken. Die Gewerkschaften haben große Aufgaben zu lösen; helfen wir jeder an seinem Teile und nach seinem Können, die Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Rundschau.

Zum Kampfe in der Metallindustrie erläßt der Afabund folgenden Aufruf:

An alle Angestellten! Der Gesamtvorstand des Afabundes erblickt in der vom organisierten Untertunertum der süddeutschen Metallindustrie getorderten Verlängerung der tariflichen 40stündigen Arbeitswoche einen wohlverdienten *Angriff auf den Achtstundentag*, dessen Erhaltung im Mittelpunkt der höchsten gemeinsamen sozialen Interessen aller Arbeiter, Angestellten und Beamten liegen muß.

Die süddeutschen Metallindustriellen, die sich bereits einmal im Jahre 1909 als Vorkämpfer der deutschen Unternehmerklasse gegen das Koalitionsrecht der gewerkschaftlich orientierten Angestelltenbewegung erwiesen haben, wollen auch diesmal den Beweis erbringen, Bahnbrecher der Reaktion zu sein.

Die organisierten Metallarbeiter Süddeutschlands haben in diesem elfwöchigen Abwehrkampf gezeigt, daß sie sich ihrer hohen historischen Mission gegenüber der gesamten Arbeiterklasse bewußt sind. *Der Gesamtvorstand des Afa-Bundes weiß sich eins mit hunderten von freigewerkschaftlich organisierten kaufmännischen und technischen Angestellten, wenn er den streikenden Metallarbeitern für ihren zähen Kampfeswillen, ihre aufrechte Haltung und ihre hohe Opferfreudigkeit seine vollste Bewunderung und Sympathie zum Ausdruck bringt.*

In dieser Stunde des verschärften Klassenkampfes gilt es aber auch, die Solidarität der Kopf- und Handarbeiter zur Tat werden zu lassen. Der Gesamtvorstand erwartet deshalb von den Kollegen und Kolleginnen, daß sie die vom Afa-Bund anlässlich des Metallarbeiterstreiks herausgegebenen Marken (für männliche Mitglieder Mk. 5.—, für weibliche Mitglieder Mk. 3.—) bei ihrem Berufsvorstand sofort einlösen, um die kämpfenden Arbeiter in ihrem heldenhaften Ringen tatkräftig zu unterstützen und ihnen zum vollen Erfolg zu verhelfen.

Der Bund der technischen Angestellten und Beamten, die freigewerkschaftliche Organisation aller Techniker, hält am 22., 23. und 24. Mai d. J. seinen dritten ordentlichen Bundestag ab. Auf der Tagesordnung steht außer Wahlen und Beratung der Anträge aus den Ortsverwaltungen der Geschäftsbericht über das Jahr 1921, Fragen der Bundesverfassung und ein Referat von Dr. Pfirrmann über das Thema: „Die Techniker im neuen Arbeitsrecht“.

Der Bund ist als eine der rührigsten Angestelltenorganisationen bekannt, der besonders überall, wo Technikerfragen zur Verhandlung kommen, auf Grund seiner Mitgliederzahl von etwa 9000 technischen Angestellten und Beamten die Führung in der Hand hat. Das gilt besonders beim Abschluß von Tarifverträgen. So war der Bund im Jahre 1921 am Abschluß von 142 Tarifverträgen und an ungefähr 350 tariflichen Gehaltsneuregelungen beteiligt. Eine umfassende Tätigkeit wurde des Weiteren auf sozialpolitischem Gebiet wie im technischen Schul- und Bildungswesen entfaltet. Für die gewerkschaftliche Aufklärung der Technikerschaft hat der Bund durch sein Organ, die Deutsche Techniker-Zeitung, die heute in 7 verschiedenen Fachausgaben und einer Gesamtausgabe erscheint, sowie durch ein umfassendes Schriftenmaterial gewirkt. Wert hat auch der Bund stets auf den Ausbau seiner Unterstützungseinrichtungen gelegt. Im ganzen hat er seit seiner Gründung 4 007 545,96 Mark an Unterstützungen gezahlt. Der Bund ist dem „Allgemeinen freien Angestelltenbund“ (Afa-Bund) angeschlossen, der mit seiner Mitgliederzahl von über 600 000 Angestellten die größte und stärkste Interessenvertretung der Angestelltenchaft in Deutschland ist.

Fritz Bruns †. Der langjährige Hauptkassierer des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Fritz Bruns, ist im Alter von 64 Jahren einem Schlaganfall erlegen. 22 Jahre führte der Verstorbenen die Kassengeschäfte des Fabrikarbeiterverbandes und war ein Vorbild für Pflichttreue und Gewissenhaftigkeit. Mit regem Eifer war er bestrebt, die Interessen des Verbandes zu fördern und zum Wohle seiner Kollegen zu wirken. Seinen Lebensabend gedachte er bei seinen Töchtern in Nordamerika zu verbringen, doch hat der Tod diesen Plan vernichtet. Er ruhe in Frieden!

Die Akademie der Arbeit.

Den Kollegen wird noch im Gedächtnis sein, daß im vergangenen Jahre der Verbandsvorstand die Mittel bereitstellte, zwei Kollegen den Besuch der Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. zu ermöglichen. Aus den eingegangenen Bewerbungen wurden durch Wahl die Kollegen Oskar Winkler, München bei Dresden und Adalbert Sponrath, München zum Besuche der Akademie ausgesucht. Beide Kollegen haben nun ihr Studium beendet und geben in nachfolgenden Abhandlungen den Kollegen ihre Erfahrungen bekannt, die sie in Frankfurt a. M. gesammelt haben. *Die Red.*

Ein Jahrgang Akademie der Arbeit.

Mit dem 15. Februar 1922 hat der erste Lehrgang der Akademie der Arbeit abgeschlossen und ich erlaube es als Hörer derselben als eine Notwendigkeit, die Gründe der Entstehung, ihr Wesen sowie die Eindrücke, die ich von ihrem Wirken während einer achtmonatigen angestrengten Tätigkeit erhalten habe, darzulegen.

Wohl hatte die Revolution den Gewerkschaften ein ungeheures Wachstum gebracht, doch mit der Fülle der nun aufgeworfenen Probleme wuchs auch deren Verantwortung und Aufgabenkreis ganz bedeutend. Die Arbeiterklasse war genötigt, auf dem hinterlassenen Trümmerhaufen neues wirtschaftliches und politisches Leben aufzubauen. Sie wurde gezwungen aus der bisherigen reinen Negation der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber herauszutreten und zur positiven Behandlung der Probleme von Wirtschaft und Politik überzugehen. Sie sollte schöpferische und gestaltende Arbeit vollbringen und da zeigte sich die Größe und Komplexität der sozialistischen Gedankenwelt. Bei der Lösung nun dieser gewaltigen an die Arbeiterklasse

gestellten Aufgaben zeigte es sich, daß es an Kräften fehlte, die diesen Anforderungen gewachsen waren. Wie konnte es auch anders möglich sein, waren doch die, die nun Neues schaffen sollten, im vorrevolutionären Staat von jeder öffentlichen Tätigkeit in Reich und Gemeinde ausgeschlossen. Hier mögen wohl auch zum großen Teil die Gründe liegen, daß nicht immer das erreicht wurde, was bei Ausnützung aller Kräfte hätte erreicht werden können. Es waren Fehler des Könnens und keine des Willens. Dazu kam noch eine uneinige Arbeiterklasse und ein zersplittertes Bildungswesen.

All diese Umstände drängten zur Schaffung von Bildungsstätten, in denen die im Volke schlummernden Kräfte und Energien geweckt werden sollten, die notwendig sind den sich nun vollziehenden Auf- und Umbau unseres wirtschaftlichen Lebens im Sinne des Sozialismus gestalten zu können.

Der Plan zur Gründung einer Akademie der Arbeit in Frankfurt entstand im Anschluß an Verhandlungen, die zwischen dem preußischen Regierungsvertreter und der Universität im Sommer 1920 stattgefunden hatten. Und zwar waren es finanzielle Schwierigkeiten der Universität, welche zu dieser Besprechung Veranlassung gaben. Es war ihr nicht mehr möglich, mit den bisherigen aus privaten Kreisen, wissenschaftlichen Vereinen und Einzelpersonen gegebenen Mitteln auszukommen und verlangte deshalb, daß Reich und Staat helfen sollten. Damit war Gelegenheit gegeben, ein Problem aufzugreifen, dessen ernste Bearbeitung durch die Forderungen der neuen Zeit notwendig wurden.

Es würde unbedingt zu weit führen alle Einzelheiten über den Verhandlungsverlauf zu schildern und es dürfte genügen, daß es dem von den Rektoren der Universität, Vertreter des Frankfurter Stadtverordnetenkollegiums und solcher der Frankfurter Bildungsorganisationen gebildeten Verwaltungsausschuß gelungen ist, nach langwierigen Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen und dem Kultusministerium, jenes einzigartige Bildungsinstitut zu schaffen.

Am 2. Mai 1921 wurde in Frankfurt a. M. die Akademie der Arbeit in feierlicher Weise aus der Taufe gehoben. Am ersten Lehrgang, der vom 2. Mai 1921 bis 15. Februar 1922 dauerte, nahmen 75 Hörer teil; davon gehörten 52 Hörer den freien Verbänden und der Afa an, die übrigen 23 gehörten den christlichen und Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften, sowie dem deutschen Beamtenbunde an.

Warum heißt sie nun „Akademie der Arbeit“ und nicht Arbeiter-Akademie? Weil auch hier die Arbeiterklasse die bestehende Ordnung nicht zertümmert hat, sondern von innen heraus zu überwinden sucht. Eine proletarische Arbeiter-Akademie hätte auf Trümmern mühsam aufgebaut werden müssen, was bei solchen Verhältnissen ein lange Zeit während unmöglicher Traum gewesen wäre. Die Akademie will den Gedanken der Arbeit in die Universität des Geistes hineinbringen und ihn mit den alten Gebieten des Wissens durchdringen. Damit legt die Arbeiterschaft ihr Bestes in das Ganze des Volkstums hinein, um so den alten Teig zu durchsäuern.

Was soll sie nun sein? Sie soll eine Feste sein, auf der man Übersicht, Umsicht, Tiefblicke in Talgründe und Gebirgsfalten erhält, deren Zusammenhänge dem, der unten steht, verborgen bleiben.

In den neun Monaten, von denen ein Monat der notwendigen Sammlung, einer Ferienpause und Wiederauffüllung des inneren Menschen gehört, wurde versucht, in die Fülle der sozialen Erscheinungen, vor denen heute die Arbeiterklasse steht, aber auch in die Masse der früher mühevoll, doch wahllos und systemlos zusammengegrafften Kenntnisse Ordnung zu bringen. Es sollte der wissenschaftliche und theoretische Unterbau des meist nur gefühlsmäßig aufgenommenen Wissens geschaffen werden.

Zu diesem Zwecke waren vor allem Vorlesungen vorgesehen, die nacheinander Gesamtbilder der Wirtschaft, des Rechts, der Arbeitswissenschaft, der Politik, der Soziallehre, der Wirtschaftsgeographie, der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen und der Geschichte entrollen sollen. Neben diesen von allen Hörern gemeinsam zu besuchenden Pflichtvorlesungen wurde das Hauptgewicht auf je von 25 Hörern gebildeten Gruppen gelegt. In diesen wurden unter Leitung eines hauptamtlich tätigen Dozenten teils ungelöste Fragen aus den Vorlesungen, teils neue Wissensgebiete behandelt. Der Vorteil lag besonders in der aktiven Mitarbeit der einzelnen Hörer, zu der sie durch Übernahme von Referaten und schriftlichen Auszügen über das gerade zu behandelnde Thema angehalten wurden. Zu erwähnen sind im ersten Semester noch die sich aus 5 bis 10 Teilnehmern zusammensetzenden Studienzirkel, in denen die dem Beteiligten besonders naheliegenden Wissensgebiete zur Durchbearbeitung kamen. Im zweiten Semester wurden diese Studienzirkel durch die Seminare abgelöst, in denen ganz bestimmte Gebiete, wie Arbeitsrecht, Gewerkschaftswesen oder eine Schrift wie „F. Tonnies, Gemeinschaft und Gesellschaft“, Engels „Umwälzung der Wissenschaft“ und Oppenheims „Der Staat“ bewältigt wurden. So wie die Gruppenarbeit den Vorlesungen gegenübertritt, so hat auch die Seminararbeit ein Gegenstück, nämlich die Volontariatigkeit, die es einem Teil der Hörer ermöglichte Einblick zu erhalten in den Arbeitsbereich der Staats- und Kommunalverwaltungen. Nach den

Erfahrungen, die aus dem Besuch dieser Behörden gemacht wurden, wäre unbedingt zu wünschen, daß diese im ersten Lehrgang nur freiwillige Betätigung im kommenden Lehrgang zur obligatorischen erweitert würde. Wie reichhaltig und umfangreich der im ersten Lehrgang zu bewältigende Stoff war, mag aus der folgenden systematischen Zusammenstellung zu ersehen sein.

Es wurden an Zeit aufgewendet für:

Gruppenarbeit	150 Stunden,
Freie Zirkel	48 Stunden.
Politik	
Innere Politik und Verwaltungsreform	10 Std.
Äußere Politik und Friedensvertrag	14 "
Geschichte der Arbeiterbewegung	10 "
Die Revolution der Neuzeit	12 "
Volkswirtschaft	
Die Wirtschaft des Menschen	10 Std.
Kreislauf der Wirtschaft	8 "
Industrielle Betriebslehre	8 "
Der Großbetrieb	6 "
Privatwirtschaftslehre	14 "
Aufbau und Probleme der modernen Handels- und Industrieländer	24 "
Landwirtschaft	8 "
Geld, Bank, Börse	10 "
Kapitalkonzentration	12 "
Handel und Verkehr, Industrie	20 "
Wirtschaftsgeographie	35 "
Sozialversicherung	8 "
Die volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen	40 "
Die Reparation	4 "
Die Sozialisierung	4 "
Die Wirtschaftstheorie	8 "
Seminar für Geld, Bank, Börse	16 "
Recht	
Das Wesen des Rechts	12 Std.
Arbeitsrecht	72—76 "
Schlichtungswesen	48 "
Familienrecht	7 "
Reichsverfassung	17 "
Recht der Erwerbsgesellschaften	13 "
Strafrecht	4 "
Strafvollzug	5 "
Zivilprozeß	4 "
Arbeit	
Betriebslehre	9 Std.
Biologie und Hygiene	18 "
Taylorismus	8 "
Psychotechnik	6 "
Arbeitspsychologie	16 "
Berufsberatung	8 "
Soziologie	
Utopie und Wirklichkeit	15 Std.
Die Gewerkschaften	10 "
Seminar über Gewerkschaften	4 "
Seminar zur Gesellschaftslehre	40 "
Die Soziallehre der Kirche	12 "
Theorie des Sozialismus	12 "
Betriebsräteschulung	12 "
Haupttatsachen der Geschichte	20 "

Im Zusammenhange mit dem Lehrplan ist es notwendig, auch der sich zur Verfügung stellenden Dozenten zu gedenken.

Vor allem sind zu erwähnen der Leiter der Akademie *Dr. Rosenstock* und die hauptamtlich tätigen Dozenten *Dr. Sturmjels, Dr. Michel* und *Schlänz* neben *Prof. Sinzheimer* (Frankfurt), *Leiderer* (Heidelberg), *Th. Brauer* (Köln), Staatsminister *Drews* (Berlin), *Eug. Graf* (Stuttgart), *Willy Hellpach* (Karlsruhe), *Pape* (Frankfurt), *Heidebrock* (Darmstadt), *Oppenheimer* (Frankfurt), *Dr. Kraus* (Karlsruhe).

Selbstverständlich hat sich das Bild von der Akademie, wie ich es hier gezeichnet habe, nur unter Kämpfen und Wehen, Mühen und Sorgen aller Art und nur durch das Zusammenwirken aller Kräfte geformt. Nicht jeder Dozent hat eingeschlagen und besonders war die Stoffverteilung nicht immer eine glückliche. Doch muß auch hier auf die Schwierigkeiten hingewiesen werden, die für die Akademieleitung sowie für die Lehrer durch die Verschiedenheit der Hörer gegeben waren. Arbeiter, Angestellte, Beamte, die einen aus der Berufsarbeit, die anderen aus der Gewerkschaftsbewegung und der Kommunalverwaltung kommend, waren sie verschieden in Vorbildung und Erfahrung. Unterschiedlich aber auch in Absichten, in Zielsetzung und daher auch in ihren Anforderungen an die Akademie. Insbesondere war auch der Altersunterschied, der zwischen dem jüngsten und dem ältesten Mitarbeiter 31 Jahre betrug, etwas reichlich und weit gespannt. Immerhin ist es der Akademieleitung gelungen, alle im Laufe des ersten Jahrganges sich zeigenden Zwistigkeiten zwischen den verschiedenen Weltanschauungen zu bannen und alle Hörer im Gefühle ihrer Verantwortung für die Größe der gestellten Aufgabe dauernd zu fesseln.

Im kommenden Arbeitsjahre muß der Lehrplan der zur Verfügung stehenden knapp bemessenen Zeit angepaßt werden. Alles nur Interessante ist vorzuziehen anzuschließen, um der Gefahr des Verlierens in Feinheiten und Kleinigkeiten und einem Abgleiten von den großen Notwendigkeiten vorzubeugen. Das Hauptgewicht ist auf Rechtswissenschaft, Nationalökonomie, Politik und Arbeitswissenschaft zu legen. In diesen Fächern muß Grundlegendes dadurch geboten werden, daß das Werden und Sein aufgezeigt wird und die Hörer an die Probleme herangeführt werden. Alle

Nebensächlichkeiten müssen mehr wie bisher zurücktreten, die sich aus den Vorlesungen ergebenden Diskussionen sind in den Seminaren oder Arbeitsgruppen zu erledigen und die Aussprachen in den Vorlesungen sich in den Grenzen halten, die ein Abdrängen der Dozenten vom eigentlichen Thema verhindern. Bei einer Gestaltung des Lehrplans in dieser Weise fällt eine unangenehme Erscheinung fort, die statt Konzentration des Geistes Zerstreuung brachte, war es doch vielen Hörern bei der bunten Vielgestaltigkeit des Stundenplanes nicht immer möglich, all das Gebotene in der rechten Form zu verarbeiten.

Hat auch die Akademie nicht all die Hoffnungen und Wünsche erfüllt, die man an sie stellte, so muß doch zugegeben werden, daß es wohl allen Hörern möglich war, aus der Fülle des Gebotenen sich den nötigen geistigen Unterbau zu schaffen, der die Gewähr im Interesse einer erfolgreichen Weiterentwicklung der deutschen Arbeiterbewegung und somit der gesamten Volksgemeinschaft zu wirken, bietet.

A. Spornraft.



Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Extrabeitrag für die kämpfenden Metallarbeiter.

Die Metallarbeiter Süddeutschlands befinden sich in einem heftigen Kampfe mit ihrem Unternehmertum. Einmütig ist die Ansicht in der deutschen Arbeiterschaft, daß es sich hier um einen Kampf handelt, der nicht nur die Metallarbeiter, sondern die ganze Arbeiterschaft angeht. Denn es handelt sich in diesem Kampfe um nichts mehr und nichts weniger, als um die Abwehr der Unternehmerrforderung auf Verlängerung der Arbeitszeit. Diesem Angriff muß der Widerstand der gesamten Arbeiterschaft entgegen gesetzt werden. Das kommt auch in dem Beschlusse des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Ausdruck, der in seiner Sitzung am 2. und 3. Mai zum Kampfe in der Metallindustrie Stellung nahm, und folgendermaßen formuliert ist:

„In der Metallindustrie Süddeutschlands ist seit 10 Wochen ein Kampf entbrannt, der die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands angeht. Es handelt sich um die Abwehr einer von der Unternehmerrorganisation geforderten Verlängerung der tariflichen 46stündigen Arbeitswoche. Unter dem Vorwand, eine Arbeitswoche von 48 Stunden zur vollen Auswirkung zu bringen, soll die Arbeitszeit über das seitherige Maß, das schon lange einen kürzeren Arbeitstag an Sonnabenden anerkennt, ausgedehnt werden. Die Arbeiterschaft erblickt in der Forderung der Unternehmer, die bisher tariflich festgelegte Arbeitszeit zu verlängern, einen Angriff gegen den Achtstundentag. Sie hat den Kampf gegen dieses Verlangen entschlossen aufgenommen und bisher mit Zähigkeit und Opferwilligkeit durchgeführt.“

Der Ausschub des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat in seiner Sitzung vom 2. Mai zu diesem Kampfe Stellung genommen. Er erkennt die große Bedeutung dieses Kampfes für die gesamte Arbeiterschaft an und spricht den im Kampfe stehenden Arbeitern seine vollen Sympathien aus. In der Erwartung, daß die Kämpfenden in ihrem Widerstand nicht erlahmen, beschließt der Bundesausschub, die Gewerkschaftsvorstände aufzufordern, ungesäumt alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um den Kampf in der nachhaltigsten Weise zu unterstützen und die Bewegung zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen.

Als erste dieser Maßnahmen beschließt der Bundesausschub, daß die von der letzten Ausschubsitung für die Dänenhilfe festgesetzten Beiträge von 5 Mk. für jedes männliche und 3 Mk. für jedes weibliche Mitglied, soweit das nicht schon geschehen ist, nunmehr zu erheben und an die Bundeskasse abzuführen sind, um diese Mittel für den süddeutschen Kampf zu verwenden.“

Der Vorstand des Afa-Bundes erklärt zu dieser Entschließung des Bundesausschusses, daß er dieser Solidaritätserklärung in den beiden ersten Absätzen vollinhaltlich zustimmt. Zu der materiellen Unterstützung werde der Afa-Bund demnächst Stellung nehmen und auch in dieser Frage seine Solidarität bekunden.

Entsprechend diesem Beschlusse schreibt der Vorstand im Einverständnis mit dem Verbandsausschub, g-stützt auf § 10 Absatz 5 des Statutes, die Erhebung dieser Summen zur Unterstützung der kämpfenden Metallarbeiter als Extrabeitrag aus. Es ist schließl. nicht notwendig zu betonen, daß die Gesamtheit der Arbeiterschaft die Pflicht hat, die verlangte Solidarität den Metallarbeitern zu erweisen und zu handeln, wie es einem klassenbewußten Arbeiter zukommt. Noch immer stehen die süddeutschen Metallarbeiter geschlossen im Kampfe. Welcher Geist die Kämpfenden besetzt, zeigen folgende Ausführungen der „Metallarbeiter-Zeitung“:

„So unsterblich wie die Ruhé ist die Geschlossenheit der Streikenden. Man sucht hierfür umsonst nach einem geeigneten Ausdruck des Lobes. In den langen Wochen des Kampfes, des schmalen

Einkommens, der Bedürftigkeit hat es auf der breiten Front kein Nachlassen der Kampfeslust, kein Abdröckeln, keinen Deserteur gegeben. Die Entschlossenheit, auszuharren, ist wie am ersten Tage. Das gilt auch... für die beteiligten christlichen und Hirsch-Dunkerschen Arbeiter. Unerschütterlicher Kampfeswille durchglüht alle proletarischen Parteilager. Und tausend Zeichen bestätigen, daß es so sein und bleiben wird, bis der Feind rückwärts zieht!

Beweisen wir durch pünktliche Entrichtung des ausgeschriebenen Unterstützungsbeitrages, in der letzten Maiwoche, daß wir uns mit den kämpfenden Metallarbeitern solidarisch fühlen und den Wert dieses Kampfes wohl zu schätzen wissen.

Seien wir uns auch klar darüber, daß bei Fortgang dieses Kampfes weitere, vielleicht erheblichere Opfer gebracht werden müssen. Denn was es heißt im Kampfe um die Arbeitszeit zu stehen, darüber können wir aus eigener Erfahrung ein Wortlein mitreden. Es tue also jeder seine Pflicht.

Die Bewegung in der Schweiz beendet.

Gemäß dem Beschlusse der Ostern tagenden Delegiertenversammlung des Schweizer Lithographenbundes, innerhalb angemessener Frist erneut mit der Unternehmerorganisation auf der Grundlage des im schweizerischen Buchdruckergewerbe getroffenen Übereinkommens zu verhandeln, fanden am 20. April weitere Verhandlungen statt, die nach Überwindung außerordentlicher Schwierigkeiten zu folgender Vereinbarung führte: Ab 1. Mai 5 Fr. und ab 1. Juni 4 Fr. Lohn die Woche weniger, die jedoch der Beurteilung beider Parteien noch unterlag. Die Leitung unserer Bruderorganisation unterbreitete deshalb das Übereinkommen vom 20. April der Urabstimmung, die eine Annahme des Abkommens mit 431 gegen 265 Stimmen bei 25 Stimmenthaltung ergab. Gemäß des Ergebnisses der Abstimmung hat der S. L. B. das Übereinkommen vom 20. April ratifiziert und ist dasselbe infolgedessen am 1. Mai in Kraft getreten. Die Löhne unserer Schweizer Kollegen reduzierten sich demnach am 1. Mai um 5 Fr. und am 1. Juni um weitere 4 Fr.

Welche Gründe unsere Schweizer Kollegen zu ihrem Verhalten veranlaßte, das bringt der „Senefelder“ in seiner Nr. 9, wie folgt zum Ausdruck: „Die wirtschaftliche Krise gebot uns, eine friedliche Lösung zu suchen. Es war auch keinem einzigen Mitglied unseres Verbandes zweifelhaft, daß wir in den sauren Apfel beißen mußten. Unser Angebot war 8 Fr., dasjenige des V. S. L. B. aber 10 Prozent. Das Resultat der Einigung ist 9 Fr. Und was hat der V. S. L. B. wegen des einen Frankens aufs Spiel gesetzt? Er hat durch die Kollektivkündigungen den Tarif gebrochen! Er hat eine Ausspernung heraufbeschworen, die uns wohl Geld gekostet, aber sicher einem Teil der Firmen das Genick gebrochen hätte. Er hat das tun wollen, was die ganze bürgerliche Kaste als unmoralisch bei andern brandmarkt, er hat sich über Existenzen hinweggesetzt. Das eine hat uns aber die Aktion gelehrt: daß eine schöne Anzahl von Prinzipalnen kein vollkommenes und willkürliches Werkzeug in der Hand einiger sich als Scharfmacher gerierenden Führer ist! Es war ein va-banque-Spiel innerhalb einer Interessengruppe, die weniger durch ideale als durch lukrative Beziehungen aufrechterhalten wird einzig durch die Preiskonventionen. Das Resultat dieser immerhin zweifelhaften Aktion kostete uns ab 1. Juli einen Franken oder 700 Fr. pro Woche. Die gleiche Tendenz, auf unserer Seite angewendet, hätte uns aber pro Woche rund 40.000 Fr. gekostet. Unsere Unterhändler behielten die ruhige Überlegung und waren dadurch die Stärkeren. Ihre Erwägungen gingen dahin, daß da der S. L. B. 8 Fr. offerierte, der Gegner 10 Prozent anstellte, unser Fall selbst nach wochenlangem Ausspernung und Einigung vor einem Schiedsgericht im günstigsten Falle ebenfalls mit 9 Fr. aus der Welt geschafft worden wäre. Sie gingen nicht in die ihnen gestellte Falle. Es wäre für sie ebenfalls ein leichtes gewesen, durch eine scharfe Front den starken Mann zu spielen; ebenso leicht wäre es für sie gewesen, die Mitglieder des S. L. B. in den Kampf zu führen. Über die Kinderjahre der Gewerkschaftskämpfe sind wir hinaus; die gefühlsmäßige Taktik überlassen wir getrost den Anhängern der Neuorientierung. Es ist bei uns nicht opportuna, die Machtfrage dann aufzurollen, wenn der Erfolg nicht wenigstens den Einsatz aufwiegt. Nur zweifelhafte Existenzen, Bankrotteure, setzen alles auf eine Karte. Der Pendel schlägt auch wieder einmal nach der andern Seite; je höher er nach der einen Seite ausschlägt, wird er nach den Gesetzen der Physik auf der andern Seite ausschlagen. Der 8. April bleibt uns im Gedächtnis. Wer Wind sät, erntet bekanntlich Sturm!“

Ortsberichte.

Celle in Hannover. Welche Blüten die Unternehmerwillkür in manchen Betrieben schon wieder zeitigt, das beweist so recht ein Vorfalle in der Firma Eduard Binder in Celle, die im Besitze von zwei Schmiedpressen und einer Offset, einem Personal von 2 Steindrucker und derselben Zahl Lehrlinge ist und sich die Bezeichnung „Kunstanstalt“

zugelegt hat. In diesem Kunsttempel, — den Kollegen der Provinz Hannover rühmlichst bekannt, — geschah es nun dieser Tage, daß infolge Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Offsetdrucker und dem Geschäftsinhaber junior, letzterer seiner Auffassung durch tätliches Vergreifen an dem betreffenden jungen Kollegen Ausdruck verlieh, der durch den Senior am Verlassen des Raumes verhindert wurde! Und als dann der junge Kollege den Staub dieses Institutes von seinen Füßen schüttelte, konnte er seine Papiere nur mit polizeilicher Hilfe erlangen. Ein gerichtliches Nachspiel wegen Körperverletzung dürfte diese Herren noch belehren, ihren Gehilfen gegenüber die „schlagende Beweisführung“ für die Zukunft zu unterlassen. Allen Steindruckerkollegen, welche über die hier notwendigen Körperkräfte verfügen und die vor derartigen Intermezzen nicht zurückschrecken, hier Stellung nehmen wollen, versichern wir, daß fortab der betreffenden Firma die besondere Aufmerksamkeit der Organisation zugeordnet wird. Zu bemerken wäre noch, daß trotz wiederholten Drängens die tarifliche Lehrlingsbezahlung nicht erreicht werden konnte!

Der Betriebsrat

Wissenschaftliche Betriebsführung.

Die moderne Wirtschaft ist ein außerordentlich feiner Mechanismus, der auf jede Einwirkung sofort reagiert und den jede Störung in seinem Gange hemmt. Obwohl die kapitalistische Wirtschaft durchaus nicht nach einem gewissen Plane orientiert ist, sondern immer aus egoistischen Profitgründen handelt, stellt sie doch in ihrem Getriebe ein so feines Räderwerk dar, in dem ein Zahn fast mit mathematischer Genauigkeit in den andern greift, daß es umfassender Kenntnisse bedarf, geistig in das Ganze einzudringen.

Die Zelle der kapitalistischen Wirtschaft ist der Betrieb und er wird es auch bleiben, wenn die Wirtschaft einmal ihres kapitalistischen Charakters entkleidet sein wird. Denn der Einzelbetrieb ist die Grundlage der gesamten Wirtschaft, ist gewissermaßen das Fundament aller Bedürfnisbefriedigung. Diese Einsicht tritt immer klarer in das Bewußtsein der Menschen und löst die Erkenntnis aus, daß nicht von außen, sondern von innen, vom einzelnen Betriebe ausgehend, die Änderung des gegenwärtigen Zustandes nur herbeigeführt werden kann. Diese Änderung von innen heraus, von den Betrieben ausgehend, anzubahnen und herbeizuführen, daß ist neben den anderen wirksamen Kräften die Aufgabe der Betriebsräte, die ihnen vom Gange der Ereignisse gestellt ist und die sie als Instrumente der Entwicklung lösen müssen.

Die Umwandlung der Wirtschaft von der kapitalistischen zur sozialistischen wird, darüber ist in Kennerkreisen nicht mehr die geringste Meinungsverschiedenheit, nur das Ergebnis des Prozesses sein und über die Mitwirkung und Mitverantwortlichkeit der Arbeiterschaft führen. Ansätze dazu sind ja auf das Drängen der Arbeiterschaft im Artikel 165 der Weimarer Reichsverfassung niedergelegt worden, in dem Arbeiter und Angestellte „zur Mitwirkung an der wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte“ berufen werden. Ist auch hier nur das Recht der Mitwirkung verfassungsmäßig niedergelegt, im Betriebsrätegesetz hat es in seinen §§ 66 ff. den gesetzlichen Ausdruck gefunden. Wenn diese gesetzlichen Festlegungen auch nur schlichtere Ansätze einer wirklichen Mitbeteiligung der Arbeiterschaft an der Wirtschaft sind, so sind sie doch immerhin da. Und in der Arbeiterschaft ist das Streben lebendig, die jetzt nur scheinbar vorhandenen wirtschaftlichen Rechte zu wirksamen auszugestalten. Aus diesem Bestreben aber erwächst auch die heilige Pflicht, für die Übernahme eines Teiles der Verantwortung für den wirtschaftlichen Aufbau reif und bereit zu sein. Deshalb hat die Arbeiterschaft alle Ursache, sich auf eine solche Mitverantwortlichkeit vorzubereiten und alle Fragen der wirtschaftlichen Aufbauarbeit zu studieren, damit die Voraussetzungen auch alle erfüllt sind, die die Mitverantwortung erheischt.

Es ist nicht nur eine gefühlsmäßige Einstellung, wenn die Forderung als selbstverständlich angesehen wird, daß die Gemeinwirtschaft einen viel höheren Grad der produktiven Leistungsfähigkeit aufweisen muß, als die kapitalistische. Nur ist man sich nicht recht klar darüber, was damit zum Ausdruck gebracht wird. Auch heute wird von allen Wirtschaftlern die Forderung auf Steigerung der Produktivität, Schaffung von Arbeitsfreude, Berufsanschein, Anerkennung der Persönlichkeit und ähnliches mehr erhoben. Die Verwirklichung dieser Forderungen ist das Ziel aller wahrhaften Arbeitswissenschaftler, denn nur auf Grund wissenschaftlicher Untersuchungen des Arbeitsprozesses kann die Möglichkeit dazu geschaffen werden. Eingehenden Untersuchungen, die man dem Arbeitsprozeß unterworfen hat, haben eine Arbeitswissenschaft geschaffen, die einen immer weiteren Ausbau erfährt und in der Forderung wissenschaftlicher Betriebsführung gipfelt.

Was alles unter der Flagge „Wissenschaftlicher Betriebsführung“ segelt, abzuhandeln, würde zu weit führen. Einige Andeutungen genügen auch. Als Hauptproblem wird die angewandte Arbeitswissen-

schaft bezeichnet, die sich wieder etwa in die drei großen Untergruppen 1. Wirtschaftspsychologie (Psychotechnik, Berufseignung, Berufsberatung), 2. Arbeitswissenschaft (Taylor-System) und 3. wirtschaftliche Fertigung zergliedert. Wenn auch durchaus damit zu rechnen ist, daß bei einer entkaptalistisierten Produktion sich neue Arbeitsmethoden herausbilden werden, so ist in der jetzigen Zeit doch bei genauester Durchführung der Ergebnisse wissenschaftlicher Betriebsführung damit zu rechnen, daß die damit verbundene intensivere Arbeitsleistung des einzelnen nicht der Gesamtheit, sondern nur dem Kapital zu gute kommt.

Da zu erwarten ist, daß auf absehbare Zeit der Umschichtungsprozeß der berufstätigen Menschen in der Wirtschaft weiter verläuft, und schon durch die Einwirkung von außen der Zwang zur Leistungssteigerung der deutschen Wirtschaft besteht, ist es von außerordentlicher Wichtigkeit, daß sich unsere wirtschaftliche Bildungsarbeit auch mit den Fragen der wissenschaftlichen Betriebsführung beschäftigt. Aber die Probleme der Arbeitswissenschaft sind selbst in Fachkreisen noch so ungelöst — Resultate liegen für die Wirtschaftspraxis überhaupt noch nicht vor — daß es als ausgeschlossen bezeichnet werden muß, bestimmten Richtungen das Wort reden zu können. Die Grenzen der experimentellen Berufsauslese, sowie positive Angaben, wie praktisch der Arbeiter gegen die Folgen weiterer Mechanisierung der Arbeit geschützt werden kann, können noch nicht aufgezeigt werden. Das muß erst noch durch eingehende Prüfungen festgestellt und ergründet werden.

Trotzdem ist es aber für den Betriebsrat von außerordentlicher Wichtigkeit über all das, was jetzt in dieser Beziehung an Neuerungen diskutiert wird, unterrichtet zu sein. Denn allenthalben werden Versuche in den Betrieben gemacht, durch praktische Auswertung dieser oder jener Anregung eine Steigerung der Leistungsfähigkeit herbeizuführen. Sind die Betriebsräte nicht wenigstens theoretisch mit dem sich Zeigenden einigermaßen vertraut, dann ist eine weitere Fesselung der Arbeiter nur die Folge solcher wissenschaftlicher Betriebsführung. Es ist deshalb notwendig, daß die Betriebsräte ihre Augen auf tun, sich auf den Hosensboden setzen und versuchen in die Literatur hineinzuwringen, die, zusammengefaßt unter dem Namen Wissenschaftlicher Betriebsführung, im Sinne weit stärkerer kapitalistischer Ausbeutung den Arbeitsprozeß noch weiter zu mechanisieren sucht und deren Kosten nur die Arbeiterschaft zu zahlen hätte.

Der Lithograph

„Privat-Lithograph“ und „Kontrolle der Produktion“!

Nachdem in den Nr. 4, 7, 11, 16, der „Graphischen Presse“ für und gegen die Privat-Lithographen geredet worden ist, erscheint es zweckmäßig, daß auch diese sich zum Worte melden. denn es geht nicht an, nicht nur den Gegner zu hören, sondern auch dem Angegriffenen muß es aus Gerechtigkeitsgründen vergönnt sein, sich zu äußern, damit nicht noch unnötig das Bild der Tatsachen verzerrt wird.

Wenn man auch ohne weiteres zugeben muß, daß gerade die uneingeschränkte Ausübung des Privatlithographie-Gewerbes dazu geführt hat, diese Art unseres Berufes zum Teil in üblen Ruf zu bringen, weil eben die unsachgemäße Art der Ausübung den Niedergang im ganzen Gewerbe mitverschuldet hatte, — denn Lehrlingszücherei, Schleuderangebote, Preisunterbietungen, Konkurrenzfurcht trugen ebenfalls Schuld daran, daß von Seiten der in den Betrieben tätigen Lithographen gegen diese ganze Institution Sturm gelaufen wurde, — trotzdem kann man aber füglich behaupten, daß auch die Privatlithographie ein durchaus berechtigtes und beachtenswertes Glied in unserem Gewerbe bildet, wenn man von der Betrachtung ausgeht, daß doch in den meisten Fällen nur der Drang nach einer gewissen Selbständigkeit und Gründung einer befriedigenden Existenz den Ausschlag für die Ausübung der Privatlithographie gab.

Wie alle Arten des menschlichen Schaffens Unvollkommenheiten in sich schließen, so auch hier eben die Leichtigkeit sich selbständig zu machen, verleitete manchen Kollegen seine Stellung im Betriebe aufzugeben, wo er eher am Platze gewesen wäre und besser seinen Beruf ausübte hätte, als wenn er dazu beitrug, Veranlassung zur Vermehrung der offenkundigen Schäden zu geben, ganz abgesehen davon, daß er durch sein unkautmännisches Verhalten den ganzen Stand der Privatlithographen herabdrückte. —

Es wurde deshalb von allen ihren Beruflern ernstlich den Privatlithographen dankend begrüßt, daß sich endlich eine Plattform fand, auf der man zur Gesündung und Beseitigung der vielen Schäden in der Privatlithographie schreiben konnte, denn eine solche Plattform war doch eben der Zwang zur Anerkennung des jeweilig laufenden Tarifvertrages seitens der Privatlithographen, ebenso wie es durchaus berechtigt war, diese den Tarif anerkennenden Privatlithographen in einer Liste zu veröffentlichen

Dem Schreiber desjenigen Artikels, welcher davon handelt, daß man keine Gewähr dafür hätte, daß man auch wirklich die Bestimmungen des Tarifvertrages seitens der Privatlithographen umgekehrt würde, möchte ich erwidern, daß eben die Schaffung des Tarifvertrages, hauptsächlich aber § 14, Ziffer 5, der bestimmt, daß nur Arbeiter in diejenigen Betriebe (einschl. Privatlithographen) verabfolgt werden dürfen, welche den Tarifverträgen, - am meisten Veranlassung gab, die Privatlithographen zusammenzuschließen und bei sich selbst anzufangen für saubere und würdige, in Gesamtinteresse des Berufes liegende Verhältnisse zu sorgen.

Von einem kleinen Hinflein nichtig, denkender Kollegen ausgehend, wurde der **Verband selbständiger Lithographen und Gebrauchsgraphiker Deutschlands** gegründet und seine Ziele und Zwecke in den verschiedenen Organen unseres Gewerbes veröffentlicht, mühten also den verehrten Artikelschreibern hinlänglich bekannt sein; sie werden daraus ersehen, daß auch die selbständigen Lithographen mit allen Kräften bestrebt sind, gemeinsam mit beiden Vertragsorganisationen verständnisvoll zu arbeiten, es ist aber erforderlich und dürfte zur Zerstreung mancher Mißhelligkeiten im Gewerbe beitragen, wenn der Schreiber dieser Zeilen hiermit nochmals einen Auszug aus unseren Verbandssatzungen näher präzisiert.

Wir verlangen von unseren Mitgliedern:

1. Die Vorlegung eines Gewerbescheines, der damit an sich schon die angemeldete Selbständigkeit dokumentiert, ebenso damit beweist, Gewerbe- und Umsatzsteuer zu zahlen.

2. Den Nachweis für die Ablegung der Meisterprüfung zu erbringen, damit auch gleichzeitig das Recht erwirbt, Lehrlinge auszubilden, soweit es der Tarifvertrag zuläßt.

3. Mindestens eine fünfjährige Gehilfenfähigkeit nachweisen muß.

4. Durch gegenseitiges, vertrauensvolles Hand in Hand arbeiten mit den Kollegen auch sach- und fachgemäß kalkulieren lernt. --

Schon diese 4 Punkte beweisen es zur Evidenz,

daß wir in unserem Verband organisierten selbständigen Lithographen nicht so schlimm sind, als wir sie immer hingestellt werden.

Darum betone ich noch mehr, daß die Ausdehnung der Anwendung des Tarifvertrages auf die Privatlithographie von Seiten der selbständigen Lithographen als durchaus berechtigt angesehen wird.

Wenn nun davon gesprochen wird, daß auch eine Kontrolle geschaffen werden muß, um die Gewähr dafür zu haben, daß von den selbständigen Lithographen der Tarifvertrag auch wirklich innegehalten werde, ist es ein Gebot der Selbstverständlichkeit, daß sich zu dieser verlangten Kontrolle unser Verband wohl am besten eignet und es in seinem eigenen Interesse liegt, bei sich selbst klare und saubere Verhältnisse zu sehen, dazu bedarf es aber innigsten Zusammenarbeitens mit beiden Vertragsorganisationen, denn so, wie jetzt die Verhältnisse liegen, sind sozusagen die selbständigen Lithographen nur passive Teilhaber des Tarifvertrages, ohne aber Gelegenheit zu haben, auch ihre Ansicht an maßgebender Stelle zur Geltung zu bringen.

Es wäre zu begrüßen, wenn sich im Laufe der Zeit immer mehr der Gedanke Bahn bricht, den **Verband selbständiger Lithographen und Gebrauchsgraphiker Deutschlands** zu den Tarifverhandlungen hinzuzuziehen, um durch persönliche Fühlungnahme mit unsern Führern klar erkennen zu lassen, daß auch die selbständigen Lithographen durchaus in der Lage sind, zur Besserung und Stabilisierung in unserem Gewerbe mitzuhelfen, denn wenn man einen Stand angreift, muß man ihm zu seiner Verteidigung auch Raum geben und dürfte auch hierdurch mancher Vorwurf in sich zusammenfallen.

Anmerkung der Redaktion: Wir geben vorstehenden Ausführungen gern Raum, weil wir der Meinung sind, daß nur nach eingehender Klärung einer Frage die Möglichkeit besteht, die Wege zum Besseren zu finden. Als einen solchen Weg zum Besseren können wir jedoch die Hinzuziehung des Verbandes selbständiger Lithographen und Gebrauchsgraphiker Deutschlands zu den Tarifverhand-

lungen nicht betrachten. Wir sind vielmehr der Meinung, daß unser Verband gegen solche Forderungen in der schärfsten Weise Front machen muß. Und zwar aus folgenden Gründen: Der Tarifvertrag für das deutsche Lithographie- und Stein-druckgewerbe ist zwischen der Organisation der Gehilfen und der Organisation der Unternehmer zum Abschluß gebracht worden und hat durch seine Verbindlichkeitsklärung Geltung für alle in diesem Gewerbe befindlichen Betriebe, in denen Gehilfen beschäftigt werden oder beschäftigt werden können. Die weitere Bestimmung, daß Gehilfen der Gehilfenorganisation und Unternehmer der Unternehmerorganisation angehören müssen, lassen gar nicht die Möglichkeit zu, eine weitere Organisation als Tarifunterhändler anzuerkennen. Da die selbständigen Privatlithographen satzungsgemäß sich als selbständige Gewerbetreibende betrachten, auch bei ihnen beschäftigte Gehilfen die Pflicht haben, die Bestimmungen des Tarifvertrages zur Durchführung zu bringen, ist der Weg zur Vertretung ihrer Interessen ganz deutlich gewiesen. Der Tarifvertrag kennt nur Arbeiter und Unternehmer. Ein Mittelding gibt es nicht.

Die Tapetenbranche

Ortsberichte

Eilenburg, Formstecher. Die am 27. April tagende Versammlung war von fast allen Mitgliedern besucht. Zuerst gab der Delegierte vom Gautag in Leipzig in einem 1 1/2 stündigen Vortrag einen sehr interessanten Bericht von dieser Tagung, über den jeder seine Zufriedenheit zum Ausdruck brachte. Anschließend ergab der Punkt „Lohnverhandlung“ eine sehr flotte Diskussion, in der auch die Schreiben von Einbeck und Adlershof mitbehandelt wurden. Es wurde beschlossen, in einer Mitteilung an den Verbandsvorstand die alte Lohnforderung hochzuhalten. Ein wilder Streik wurde verurteilt, da er zusammenbrechen müsse, weil wir keine Mittel haben. Beschllossen wurde noch, die Maifeier würdig zu begehen.

Portrait- u. Lichtdruck-Negativ-Retuscheur (Mitte 40, im Einzelnen, v. Wolken geblt, wech. auch Neg. f. Industriesch. flott u. saub. ausdrukt, sucht Dauerstellung. Ausb. im Reproduktionsfach oder dergl. erwünscht. Antritt in 14 od. 18 Tagen. **Gustav Zinke, Freiberg i. S., Burgstr. 20, II.**

Tüchtiger Umdrucker

findet Stellung. Meldungen an **H. Meyers Buchdruckerei, Lith. Kunstanstalt, Halberstadt.**

Tüchtiger Umdrucker

für Stein und Zink, sowie ein tüchtiger **Maschinenmeister** für 1 Farb-Offset in angenehme dauernde Stellung gesucht. Offerten m. Lohnanspr. erbelen. **Weszel & Naumann, A.-G., Werk Zeitz.**

Verschiedenes

Buch- u. Steindruck-

farben, Bronze, Gummi arabicum kauft stets jeden Restposten **E. Winkler, Ndr.-Schreiberbau, Regb.**

Lithogr. Maschinenmeister

für feinen Vielfarbenruck in dauernde Stellung gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften, Altersangabe und Muster erbelen an **J. Rothschild, Offenbach a. M.**



Bitte achten Sie auf Schutzmarke!
Wolff's preisgekrönte Bronzetinktur Kosmos

Wir suchen einen in allen Teilen des Zinkdrucks erfahrenden Fachmann als **Schleifer (Schüttelmaschinen)** Zinkdruckplattenfabrik G. m. b. H. Berlin SO. 16.

Ia Andrucker

gelernter Steindruck, für Schwarz- und Farben-Eilschnee, sowie Steinautotypen in Schwarz und Blau, suchen zum baldigen Eintritt **Köhler & Lippmann, Braunschweig.**

ist Zusatz zu Gold-Unterdruckfarbe. In ersten Firmen mit großem Erfolg eingeführt.

Tüchtiger Monteur

der auch im Nachschneiden u. Drucken bewandert **Ätzer**

Wolff's Trockenmittel „Corso“

für Stein- und Buchdruck, ist bis jetzt das beste, mit höchster Anerkennung, ohne Konkurrenz und dürfte beides in keiner Anstalt fehlen. Ein Versuch der Kollegen überzeugt **Probedosen 25 Kilo, Originaldosen von 5 Kilo als Detmold.**

für Strich und Auto zum baldmöglichsten Eintritt gesucht. - Ausführliche Offerten erbelen an **Graphische Kunstanstalt Müller, Siefert & Co., G. m. b. H., Mannheim**

Lichtdruck-Maschinenmeister

für Farbenlichtdruck. **Graph. Kunstanstalten D. & R. Bischoff, München, Goltzingerstraße 52/54.**

Tüchtiger Lithograph

für Merkantil-Arbeit gesucht. Angebote mit Muster und Zeugnisabschriften an **H. Meyers Buchdruckerei, Lith. Kunstanstalt, Halberstadt.**

HOLZSTECHER und NACHSCHNEIDER

für Holzbuchstaben sofort in Dauerstellung gesucht. **Wilhelm Gerhardt, Holztypenfabrik, Leipzig-Eutritzsch, Wittenbergerstraße 87.**

Salpetersaures Silber (Höllenstein) und sonstige Chemikalien

liefert billigst **A. Regh, Frankfurt a. M., Frankenthaler 135**

Wir suchen zur Betriebserweiterung an selbständig u. sicheres Arbeiten gewöhnte

Strichätzer für feine techn. Arbeiten, Autoätzer, Punkt-Tiefätzer, Nachschneider für Strich und Auto

Angebote nur erster, unverheirateter Kräfte mit Zeugnisabschriften, Lohnansprüchen und Eintrittstermin an **Brendamour, Simhart & Co. Nachf., Düsseldorf-Oberkassel.**

Zwei tüchtige Messingstecher

stellt noch ein bei dauernder Beschäftigung **Druckwalzenfabrik Wilhelm Lampe, Hildesheim.**

Ia Maschinen-Retuscheur

möglichst in Entwurf und Zeichnung bewandert in dauernde angenehme Stellung bei hohem Gehalt gesucht. **Graph. Kunstanstalt Hauffer & Wiest, Stuttgart.**

Für unsere Musikaliendruckerei suchen wir sofort einen tüchtigen Stein- oder Notendrucker als **Aufzieher**

Angebote unter Angabe des Alters und bisheriger Tätigkeit erbelen an **C. G. Röder, G. m. b. H., Leipzig.**

Ia Maschinenmeister

für Steindruck in Dauerstellung gesucht. Angebote, wegen Wohnungsangel nur von Ledigen, mit Lohnforderungen und Zeugnisabschriften an **Gust. Peiniger, Bielefeld**

tl. tüchtige jüngere **Steindruck**

zur Bedienung von Zinkdruck Rotationsmaschinen (Musikaliendruck) gesucht. Evtl. werden auch Umdrucker dazu angeleitet. Angebote unter Angabe des Alters und bisheriger Tätigkeit erbelen an **C. G. Röder, G. m. b. H., Leipzig.**

Ia Auto-Ätzer

insbesondere für Maschinen-Klischees eingearbeitet, im sofort gesucht. **Köhler & Lippmann, Braunschweig.**

3 Notenstecher

suchen für sofort **F. M. Geldel G. m. b. H. Leipzig, Wittenberger Str. 23.**

Tüchtiger Autoätzer

speziell für Maschinen gesucht **Richard Müller, Chemnitz, Bülowstraße 11**

Mehrere tüchtige Messingstecher

für dauernde Beschäftigung stellt ein **Druckwalzenfabrik Aug. Saalfeld, Einbeck (Hannover)**

AUTOÄTZER

welcher auch Rasen- und montieren kann. **LABISCH & EISLER, HAMBURG I, Barkhof C.**

tüchtiger Nachschneider

mit allerbeste Kräfte bei hohem Lohn sofort gesucht. Dauerstellung. Desgleichen ein **LABISCH & EISLER, HAMBURG I, Barkhof C.**

Kassenbericht für das IV. Quartal 1921.

Am Beginn des IV. Quartals 1921 zählte der Verband 18 883 Mitglieder. Eingetreten sind im Laufe des Quartals 356 mit und 180 ohne Eintrittsgeld und zugereist 519 Mitglieder.

Der Abgang verteilt sich wie folgt: freiwillig ausgetreten sind 161, ausgeschlossen wegen Beitragsresten usw. 148, gestorben 35 und abgereist sind 531 Mitglieder.

Am Schlusse des Quartals waren demnach 19 063 Mitglieder zu verzeichnen, wovon 18 377 als Vollmitglieder einen Beitrag von 5,- Mk. zahlten, 177 zahlten 2,10 Mk., 72 zahlten gemäß § 10, Absatz 2 b wöchentlich 1,50 Mk., der Krankenkasse allein mit einem Beitrag von 1,- Mk. gehörten noch 21 Mitglieder an, während 120 einen wöchentlichen Beitrag von 65 Pfg. für die Invalidenkasse und reserviertes Sterbegeld zahlten. Ferner befinden sich im obigen Mitgliederbestand 296 weibliche Mitglieder, wovon 102 Mitglieder 2,70 Mk. und 194 Mitglieder 1,70 Mk. wöchentlich zahlten. Unter den 18 377 Vollmitgliedern befinden sich 233 Photographen, welche einen Beitrag von 3,- Mk. zahlten.

Mitglieder der Lehrlingsabteilung waren am Beginn des Quartals 1604 vorhanden. Dem Zugang von 123 steht ein Abgang von 72 gegenüber, so daß am Schlusse des Quartals 1655 Mitglieder zu verzeichnen waren. Unter dem Abgang befinden sich 28, welche ausgetreten haben und in den Verband übergetreten sind.

Zu den 214 Invaliden sind 12 hinzugekommen. Verstorben sind 3 und 3 Invaliden sind

wieder arbeitsfähig geworden, so daß am Schlusse des Quartals 220 Invaliden vorhanden waren.

Für Witwenunterstützung wurden im Quartal an 11 Witwen 5400,- Mark ausgezahlt.

Arbeitslos waren am Ende des Quartals 216 und krank 283 Mitglieder. Neuerkrankungen entstanden im Quartal 847.

Vom Beitrag befreit waren während des Quartals insgesamt 1649 Mitglieder mit 7056 Wochen, und zwar wegen Arbeitslosigkeit 626 Mitglieder mit 3393 Wochen und wegen Krankheit 1023 Mitglieder mit 3663 Wochen.

Der Bestand der Mitgliedschaften, welche im IV. Quartal mit der Hauptkasse abrechneten, betrug 139.

Die Einnahmen im IV. Quartal 1921 betragen 1 187 305,88 Mk. (gegen 1 112 885,61 im III. Quartal 21), darunter für sonstige Einnahmen in der Hauptkasse 18 550,83 Mark. Diese sind für Zinsen 14 679,08, Inserate und Abonnements der Graphischen Presse 31 28,30 Mark und Sonstiges 743,45 Mark.

Die Ausgaben im IV. Quartal 1921 betragen 740 767,05 Mark (inkl. der Rücklage für den Invalidenfond 238 372 Beiträge à 20 Pfg.) gegen 678 377,15 Mark im III. Quartal 21). Die sonstigen Ausgaben der Hauptkasse, welche oben mit einbegriffen sind, betragen 64 903,62 Mark und sind weiter unten näher angeführt. Auch die sächlichen Verwaltungskosten in der Hauptkasse, sowie die Ausgaben für die Zentralkommissionen, Tarifämter, Tarifverhandlungen usw. sind unten näher spe-

zialisiert. Die persönlichen Verwaltungskosten bestehen in Gehältern der Angestellten im Verbandsvorstand, der Orts- und Gauangestellten, für Sitzungen und Entschädigungen des Verbandsvorstandes und der Revisoren. Unter den sonstigen Ausgaben in den Mitgliedschaften von 23 270,74 Mk. befinden sich für Kartellbeiträge 17 192,34, Agitation 1180,80, Lehrlingsabteilung 825,75, Bildungszwecke 2458,30 und Sonstiges 1613,55.

Für Krankenunterstützung wurden in diesem Quartal 38 613,25 Mark (gegen 51 096,50 Mark im III. Quartal), für Arbeitslosenunterstützung 10 387,60 Mark (gegen 21 806,15 Mark im III. Quartal) ausgegeben.

Der Überschuß in diesem Quartal (nach Abzug der Rücklage für den Invalidenfond von 47 674,40) betrug 446 538,83 Mark.

Der Bestand der Rücklage für den Invalidenfond betrug am Schlusse des Quartals 361 460,13 Mark.

Der Kassenbestand inkl. 70 038,91 Mark Bestand in den Mitgliedschaften (welcher als Vorschuß am Ort zurückbehalten ist), betrug am Schlusse des IV. Quartals 2 291 333,07 Mk.

Die Erledigung der Geschäfte des Verbandsvorstandes mit den Ortsvorständen, Einzelmitgliedern usw. brachte im Laufe des Quartals einen Eingang von 3304 diversen Postsendungen und erforderte die Abfertigung von 5047 Briefen, Karten, Drucksachen und Paketen. Außerdem waren 124 Geldsendungen nötig, welche an die Mitgliedschaften usw. durch die Post und unsere Bank übermittelt wurden.

Der Verbandsvorstand.

Übersicht über die Gesamt-Einnahmen und Gesamt-Ausgaben im IV. Quartal 1921.

Einnahmen.

Oktober bis Dezember 1921.

Ausgaben.

		Mk.	Pf.			Mk.	Pf.
Für Eintrittsgelder von männlichen Mitgliedern		1622	-	Für Streikunterstützungen		29375	56
weiblichen Mitgliedern		51	40	Rechtsschutz		2522	74
227098 Wochenbeiträge à 5,- Mk.		1135490	-	Umzugskosten		4095	70
3115 " " 3,- " (von Photograph. u. Reste)		9345	-	Reiseunterstützung		3785	60
2351 " " 2,10 " "		4937	10	Arbeitslosenunterstützung		10387	60
910 " " 1,50 " "		1365	-	Krankenunterstützung		38195	25
211 " " 1,- " "		211	-	für Lehrlinge		418	-
1307 " " 2,70 " (weibl. Mitgl.)		3528	90	Invalidenunterstützung		48945	-
1698 " " 1,70 " "		2886	60	Witwenunterstützung		5400	-
1682 " " 0,65 " "		1093	30	Sterbegeld für Mitglieder		3400	-
23142 " " 0,20 " (Lehrlinge)		4628	40	"-Frauen		600	-
Portoersatz		5	-	"-Lehrlinge		50	-
Sonstige Einnahmen in den Mitgliedschaften		3591	35	Verwaltungskosten in den Mitgliedschaften		64206	78
der Hauptkasse		18550	83	Honorar 3% der Beiträge in den Mitgliedschaften		25781	36
Summa:		1187305	88	sonstige Ausgaben in den Mitgliedschaften		23270	74
Kassenbestand vom 3. Quartal 21 in den Mitgliedschaften		70660	19	die Zentralkommissionen, Tarifverhandlungen usw.		25780	50
" " " " 3. " " 21 " der Hauptkasse		1768754	05	Verwaltungskosten in der Hauptkasse, a) sächliche**		50260	25
				b) persönliche		133440	-
				sonstige Ausgaben " " " "		64903	62
				die Graphische Presse und Graphische Jugend		104264	45
				die Lehrlingsabteilung		952	-
				Agitation		2078	90
				Konferenzen		22184	40
				Gaubeiträge und Gauzuschuß		23757	70
				Beitrag an den Gewerkschaftsbund		2296	50
				" internationalen Bund		2740	-
						693092	65
				Rücklage für den Invalidenfond (238372 Beiträge à 20 Pf.)		47674	40
				Summa:		740767	05
				Kassenbestand am Schluß des 4. Quartals in den Mitgliedschaften		70038	91
				" " " " 4. " " der Hauptkasse		2221314	16
				Summa:		3032120	12

* Zentralkommissionen, Tarifverhandl. usw.:

	Mk.	Pf.
Für Tarif- u. Lohnverhandlungen, Sitzungen der Zentralkommission usw. der Lithographen und Steindrucker	7855	60
Tarifverhandlungen, Sitzungen des Tarifamtes, Schiedsgericht, Zentralkommission usw. der Chemigraphen und Lichtdrucker	14083	75
Lohnverhandlungen, Arbeitsnachweis, und Zentralkommission d. Formstecher	3394	90
Tarifverhandlung und Sitzungen der Zentralkommission der Photographen	239	25
Ausgaben der Technischen Zentrale	207	-
Summa:	25780	50

** Sächliche Verwaltungskosten:

	Mk.	Pf.
Für Büromierte, Heizung, Licht, Reinigung, Fernsprecher usw.	9054	40
Drucksachen	20638	-
Buchbinderarbeiten	870	-
Broschüren	1275	95
Versicherungsbeiträge	8900	10
Porto	4197	40
sonstiges Material	4887	70
Ausgaben des Zentralausschusses	430	70
Summa:	50260	25

*** Sonstige Ausgaben in der Hauptkasse:

	Mk.	Pf.
Für Pensionen	2250	-
zurückgezahltes Darlehen und Zinsen	35875	-
Kapitalertragssteuer	2270	47
Stückzinsen der Schuldverschreibungen der G. E. G.	1045	-
Unterstützung an den Zentralverband der Invaliden und Witwen	200	-
Rückzahlung Invalidenklassenbeiträge	105	50
Ausgaben an den Graph. Bund	5637	-
Zeitung Graph. Bund Nr 5 8	2325	65
die Gewerkschaftsschule	60	-
Löhne der Hilfsarbeiter	15135	-
Summa:	64903	62

Berlin, den 6. Mai 1922

Wilh. Brall, Kassierer

Für den Verbandsvorstand:
Paul Lange.

Wilh. Hänlein.

Richard Arndt
Berlin, Schönhauser Allee 61, II

Die Revisoren:
Richard Dinger

Franz Fiebig